



STANDPUNKT

Erfolgsfaktor Sozialhilfe

focus 7/20
November



Markus Kaufmann
Geschäftsführer Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe SKOS

«Sozialhilfe, ein Erfolgsfaktor für die Schweiz» – diesen Titel trägt die Charta Sozialhilfe, die im Frühling 2019 vom Städteverband mitlanciert wurde. Die Charta unterstreicht die Leistungen der Sozialhilfe: Sie verhindert Ausgrenzung und Verarmung und leistet so einen zentralen Beitrag zur gesellschaftlichen Stabilität. Mit der Charta wurde ein Kontrapunkt gesetzt in einer Debatte, die sich während Jahren auf die Kosten fokussierte und den Nutzen ausblendete.

In der Corona-Krise rückt dieser Nutzen wieder stärker in den Mittelpunkt. Schnell wurde klar: Die Eindämmung der Pandemie gelingt nur, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse wie Wohnen und Essen sichergestellt werden können. Die kurzfristig ausgebauten Sozialversicherungen haben in den letzten Monaten zusammen mit der Sozialhilfe einem wesentlich grösseren Teil der Bevölkerung die Existenz garantiert als vor Corona. Deutlich wurde aber auch, welche Risiken ein zu stark eingeschränkter Zugang zum untersten Netz der sozialen Sicherheit mit sich bringt. Die Bilder der langen Schlangen, die sich in Genf und Zürich vor Essensausgabestellen gebildet haben, zeigen, wie schnell die Grundversorgung von Menschen an der Armutsgrenze an ihre Grenzen stösst, wenn die Sozialhilfe fehlt.

Im Moment ist es sehr schwierig, Vorhersagen zu machen über die Folgen der Pandemie. Die SKOS rechnete im Mai dieses Jahres mit einer Zunahme von 28% in der Sozialhilfe bis Ende 2022. Berücksichtigt sind dabei die zunehmende Anzahl von ausgesteuerten Personen, von Selbständigerwerbenden ohne Einkommen sowie Flüchtlingen aus den Kohorten 2014 bis 2016. Zudem wird davon ausgegangen, dass weniger Personen in den Arbeitsmarkt zurückfinden. Bis heute sehen wir aber noch keinen Anstieg der Fallzahlen. Die zusätzlichen Leistungen der Arbeitslosenversicherung und des Erwerb ersatzes zeigen Wirkung.

Wenn die Pandemie dank wirksamer Impfungen im nächsten Jahr eingedämmt und die Wirtschaft sich schnell erholt, könnten sich die Schätzungen der SKOS als zu hoch erweisen. Es ist aber auch möglich, dass die Pandemie andauert und der Weg zurück in existenzsichernde Tätigkeiten für die betroffenen Menschen lang und schwierig sein wird.

Die Sozialhilfe muss für beide Szenarien bereit sein. Ihre zentralen Aufgaben bleiben die Existenzsicherung sowie die berufliche und soziale Integration. Damit sie diese erfüllen kann, sollte immer auch der Nutzen der Sozialhilfe betont werden, wenn die Kosten auf kommunaler und kantonaler Ebene diskutiert werden. Das gilt sowohl für die aktuelle Krise wie auch für die Zukunft.

Liebe Leserin, lieber Leser

Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind seit dem Ausbruch der Pandemie Gegenstand der öffentlichen Debatten. Welche Folgen sind auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten und wie wird sich das letztlich auf die Sozialhilfe auswirken? Prognosen sind schwierig, die Sozialhilfe muss für verschiedene Szenarien bereit sein. Rückblickend war die Quote der Sozialhilfebeziehenden in den letzten Jahren rückläufig. Dies wurde auch im kürzlich veröffentlichten Kennzahlenvergleich der Städteinitiative Sozialpolitik deutlich, der die Bezugsdauer genauer in den Blick nimmt. Auch hier zeigt sich: Je früher Integrationsmassnahmen ergriffen werden, desto besser sind die Voraussetzungen für einen nur kurzfristigen Sozialhilfebezug.

Die vorliegende focus-Ausgabe unterstreicht den Nutzen der Sozialhilfe und zeigt auf, wie Städte als Brennpunkte des sozialen Wandels ihre Ansätze in der sozialen Arbeit laufend weiterentwickeln.

Wir wünschen eine gute Lektüre!

Inhalt

Standpunkt	1
Interview	2
Thema	3
Session	4
Städteverband im Fokus	5
Agenda	6

INTERVIEW

«Das Ziel ist stets eine möglichst nachhaltige Ablösung»


Markus Bärtschiger
Stadtpräsident von Schlieren

2010 wurde Markus Bärtschiger (SP) in den Stadtrat gewählt und übernahm zuerst das Ressort Sicherheit und Gesundheit, danach das Ressort Bau und Planung. Seit 2018 ist Markus Bärtschiger Stadtpräsident. Vor seiner Exekutivtätigkeit war der studierte Volkswirtschaftler 20 Jahre im Parlament tätig, welches er zweimal präsidierte. Er bleibt aber auch heute der Legislativtätigkeit treu: als Mitglied des Kantonsrats Zürich, wo er der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt angehört.

Die Sozialhilfequote in Schlieren ist von 2016 bis 2019 tendenziell gesunken. Worauf führen Sie das zurück?

Ich glaube, dass drei Faktoren ausschlaggebend waren: Erstens hatte sich der Arbeitsmarkt beruhigt. Zum Zweiten sind die Wohnkosten massiv gestiegen, weil sich die Stadt Schlieren in den letzten Jahren zu einer Boomstadt entwickelt hat. Dies führte zu Wegzügen von Sozialhilfebezügern, bei gleichzeitigem Zuzug von sehr gut Ausgebildeten. Zudem arbeiteten unsere Sozialarbeitenden gut, waren ziel- und ressourcenorientiert. Damit dies so bleibt, reorganisieren wir den Bereich Sozialhilfe. Wir schaffen einen eigenen Bereich «Intake», neu investieren wir während der ersten Unterstützungsphase noch mehr Ressourcen.

Was sind die Ursachen, dass die Sozialhilfequote in Schlieren höher ist als in anderen Zürcher Agglomerationsgemeinden?

Das hat mit unserer Bevölkerungsstruktur zu tun. Neben den oben erwähnten neuen Bevölkerungsschichten, welche Schlieren entdecken, bleiben wir eine Agglomerationsstadt vor den Toren Zürich: Viele Leute wohnen in Schlieren, welche in Zürich aus diversen Gründen «keinen Platz» finden. Bei uns leben noch immer viele Personen ohne Ausbildung, meist Personen mit ausländischer Herkunft (bei welchen das Risiko für Armut nachweislich höher ist). Auch haben wir viele Familienhaushalte. Ein weiteres typisches Problem für die Stadt

Schlieren ist der recht hohe Anteil von Personen über 65 Jahre, welche von ihren Kindern in die Schweiz geholt worden sind. Vor dem Erreichen des Pensionsalters konnten diese aus verschiedenen Gründen (z.B. Grosselterliche-Kinderbetreuung, schlechte Ausbildung) nicht arbeiten. Das wiederum hat Auswirkungen auf die Sozialhilfe, da sie keine oder zu wenig vorgelagerte Leistungen beziehen können.

Mit welchen spezifischen Herausforderungen ist die Sozialhilfe in Schlieren konfrontiert? Wie begegnet sie diesen Herausforderungen?

Schlieren ist insgesamt eine junge Stadt. Der Anteil junger Erwachsener (18-25 Jahre) ist hoch und beschäftigt uns. Zudem bringt leider der Wandel des Arbeitsmarkts durch die Digitalisierung nicht nur Gutes (Rückgang von einfachen Arbeiten für weniger gute ausgebildete Personen). Wir unterstützen und motivieren die betroffenen Personen, eine anerkannte Berufsausbildung zu absolvieren.

Gibt es ein Projekt oder eine Massnahme, die sich für andere Städte als Good Practice eignen könnte?

Ich kann hier nur zu Grundsätzlichem raten. Wir setzen uns für eine gute Soziale Arbeit durch qualifizierte Fachpersonen ein. Die individuelle Situation der Hilfesuchenden muss gut analysiert werden. Hilfesuchende müssen ressourcenorientiert unterstützt und motiviert

werden. Das Ziel ist stets, eine möglichst nachhaltige Ablösung zu erreichen. Die Erfahrung zeigt, dass Auflagen und Kürzungen die Menschen nicht integriert. Vielmehr hilft eine geeignete Ausbildung auf dem ersten oder/und zweiten Bildungsweg für eine erfolgreiche soziale und berufliche Integration. Sprachkenntnisse – insbesondere Deutsch zu können – sind dabei wichtige Kompetenzen, die erlangt werden müssen. Ausserdem unterstützen wir bereits Kinder im Vorschul- und im Schulalter bei der sprachlichen und kulturellen Integration als präventive Massnahme.

Wie hat sich die Coronakrise bisher auf die Sozialhilfe in Schlieren ausgewirkt? Welche Auswirkungen erwarten sie mittel- und langfristig?

In den ersten Monaten der Krise gab es viele Hilfesuchende, die sich an uns wandten. Von März bis Mai war die Zahl der Neuanmeldungen dreimal höher als im Vorjahr. Ein Teil der Anmeldungen konnte triagiert werden (Ausweitung Kurzarbeit, ALV-Taggelder, Krediterhöhung für SE, Corona-Erwerbsersatz, kommunale Corona-Notfallhilfe). Wir gehen mittelfristig von einem weiteren Fallanstieg in der Sozialhilfe aus: Mehr Ausgesteuerte ab 2022 verbunden mit weniger Ablösungen durch die schwierige Wirtschaftslage. Neue Weiterbildungsmöglichkeiten für Sozialhilfebeziehende müssen erschlossen werden und Programme für Selbständigerwerbende wären sicherlich hilfreich.

THEMA

Sozialhilfe – Wenige brauchen mehr

Obwohl die Zahl der Sozialhilfefälle 2019 bereits zum zweiten Mal hintereinander zurückgegangen ist, nehmen Kosten und Dauer bei Sozialhilfeleistungen weiter zu. Die Städteinitiative Sozialpolitik untersuchte mit der Berner Fachhochschule diese Entwicklung und legt ihre Erkenntnisse in der Publikation «Sozialhilfe in Schweizer Städten» vor.



Katharina Rüegg, lic.phil.
Seit 2014 Geschäftsführerin
der Städteinitiative Sozialpolitik

In den letzten Jahren erhöhte sich die Bezugsdauer von Sozialhilfe kontinuierlich. Bei den laufenden Fällen 2019 lag die durchschnittliche Bezugsdauer bei 47 Monaten. Am Kennzahlenvergleich der Städteinitiative Sozialpolitik beteiligen sich 14 Städte, in denen rund ein Viertel aller Sozialhilfebezügler der Schweiz lebt. Die wichtigste Erkenntnis daraus ist: Beim grössten Teil der Sozialhilfebeziehenden hat die Bezugsdauer in den letzten Jahren nicht zugenommen.

Während die Sozialhilfe in den meisten Fällen eine aktuelle Notlage überbrückt und den Betroffenen hilft, rasch wieder auf eigenen Beinen zu stehen, übernimmt sie in den anderen Fällen die langfristige Existenzsicherung. Zehn Prozent der Sozialhilfefälle weisen eine Bezugsdauer von zehn und mehr Jahren auf. Diese Personen können ihren Existenzbedarf weder durch Erwerbsarbeit noch durch andere Sozialleistungen decken. Damit übernimmt die Sozialhilfe eine Aufgabe, die ihr eigentlich gar nie zgedacht war.

«Beim grössten Teil der Sozialhilfebeziehenden hat die Bezugsdauer in den letzten Jahren nicht zugenommen.»

Langzeitrisiken wären sinnvoller durch andere Sozialleistungen abzusichern – doch dazu müssten die Zugangskriterien überprüft werden. Leistungen der Arbeitslosenversicherung oder der Invalidenversicherung müssen «erarbeitet» werden. Wer nie oder nicht lange genug in einem Arbeitsverhältnis stand, hat auf diese Sozialversicherungsleistungen in der Regel keinen Anspruch. Das gleiche gilt für

Menschen mit einem Fluchthintergrund, die aufgrund einer Krankheit oder Behinderung nicht arbeitsfähig sind. Hier wäre die Politik gefordert, neue Antworten auf strukturelle Armut zu finden.

Arbeit als Existenzsicherung

Arbeit ist ein zentrales Element der Existenzsicherung. Fehlende Ausbildung, Krankheit, mangelnde Sprachkenntnisse, kulturelle Unterschiede oder traumatisierende Fluchterlebnisse erschweren den Zugang zum Arbeitsmarkt für viele Menschen massiv, für manche ist er fast unmöglich. Die fehlenden Perspektiven sind für Betroffene belastend. Diese Menschen brauchen eine auf ihre Lebensumstände zugeschnittene Unterstützung. Sei dies beispielsweise beim Erwerb von Sprachkenntnissen, durch frühe kulturelle und soziale Integration, mit Bildung oder gesundheitsfördernden Massnahmen.

Je früher umso besser

Die Daten zur Bezugsdauer von Sozialhilfe belegen, dass die Beendigung des Sozi-

alhilfebezugs je früher umso besser gelingt. Die Städte als Brennpunkte des sozialen Wandels entwickeln ihre Ansätze der Sozialarbeit laufend weiter und tauschen sich darüber aus. Deutschförderungskurse und Arbeitsintegrationsprogramme mit Praxiseinsätzen, in denen die Teilnehmenden mittels Coaching lernen, realistische Berufsperspektiven zu entwickeln, zeigen positive Auswirkungen.

«Je früher die Massnahmen ergriffen werden, desto besser sind die Voraussetzungen für einen nur kurzfristigen Sozialhilfebezug»

Die frühe Förderung von Kindern und gezielte Massnahmen im Bildungs- und Berufsbildungssystem beugen einem «vererbten» Sozialhilfebezug vor. Mehr Ressourcen für die Sozialarbeit ermöglichen es, auch langjährige Fälle neu zu beurteilen und die Beziehenden bei ihren Bemühungen um eine Ablösung von der Sozialhilfe individuell zu unterstützen. Je früher die Massnahmen ergriffen werden, desto besser sind die Voraussetzungen für einen nur kurzfristigen Sozialhilfebezug.

Mehr zum Kennzahlenbericht 2019 der Städteinitiative Sozialpolitik unter: www.staedteinitiative.ch

Sozialhilfe in Schweizer Städten 2019 in Kürze

Leichter Rückgang der Fallzahlen: Die Zahl der Fälle ist um 1.2 Prozent gesunken.

Sinkende Quoten: Im Vergleich zum Vorjahr sanken die Quoten in 9 Städten (stabil: 2 Städte; steigend: 3 Städte). Die Sozialhilfequote misst das Verhältnis zwischen der Anzahl Sozialhilfebeziehenden und der Gesamtbevölkerung.

Rasche Ablösung: Nach sechs Monaten Bezugsdauer ist bereits mehr als ein Drittel nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen.

Bezugsdauer mehrheitlich stabil: Für den grössten Teil der Sozialhilfefälle blieb die Bezugsdauer stabil. Für einen kleinen Teil ist die Sozialhilfe zu einer langfristigen Existenzsicherung geworden.

Merkmale bei längerem Bezug: Kinderbetreuungspflichten (insbesondere Alleinerziehende und Paare mit mehr als zwei Kindern), Nationalität (afrikanisches oder asiatisches Land), keine berufliche Ausbildung, Altersgruppe 46 bis 55 Jahre.

POLITIK

Ausblick auf die Wintersession

In der Wintersession werden verschiedene Geschäfte mit städtischer Relevanz behandelt. Die Vergütung des Pflegematerials entlastet die Städte administrativ und finanziell, der vom Bund beantragte Kredit für die Wohnraumförderung unterstützt die Städte bei der Bereitstellung von gemeinnützigem Wohnungsbau. Abgelehnt wird vom Städteverband die Aufhebung der Stempelsteuer, die in wirtschaftlich schwierigen Zeiten grosse Steuerausfälle verursachen würden.

Wohnraumförderung 2021-2027

Gemeinnützige Wohnbauträger spielen mit preisgünstigem und bedürfnisgerechtem Wohnraum eine wichtige Rolle und füllen Lücken im Wohnungsangebot. Zahlreiche Städte und Gemeinden fördern den gemeinnützigen Wohnungsbau. Dabei zählen sie auch auf die Unterstützung des Bundes. Die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist ein Verfassungsauftrag (Art. 108 BV). Der Bund setzt dabei unter anderem auf Bürgschaften für die Emissionszentrale für gemeinnützige Wohnbauträger (EGW). Dank der Bundesbürgschaften kann die EGW günstige Konditionen an gemeinnützige Bauträger weitergeben. Mit dem vom Bundesrat beantragten Kredit von 1.7 Milliarden Franken kann die Verbürgung von Anleihen der EGW für sechs Jahre fortgesetzt werden. Das Geschäft wird vom Nationalrat in der Wintersession als Erstrat behandelt und vom Städteverband zur Annahme empfohlen.

KVG. Vergütung des Pflegematerials

Mit der Vorlage will der Bundesrat die Vergütung des Pflegematerials vereinfachen: Die Unterscheidung zwischen Pflegematerial, das von den Versicherten oder einer nichtberuflichen Person angewendet wird, und Material, das vom Pflegepersonal in den Pflegeheimen oder bei der ambulanten Pflege verwendet wird, soll aufgehoben werden. In Zukunft sollen beide Verwendungsarten von der obligatorischen Krankenversicherung übernommen werden. Diese Änderung würde dazu führen, dass sämtliche Akteure der Pflege, darunter auch die Städte und Gemeinden, administrativ entlastet würden. Die Regelung würde auch Klarheit im Hinblick auf die Verrechnungskategorie schaffen, die bislang nicht immer eindeutig festzustellen war und zu Problemen führte. Die Städte begrüssen diese Anpassung und hoffen, dass der Ständerat dem Nationalrat folgt und die Vorlage annimmt.

Pestizide

Die Ressource Trinkwasser muss zusätzlich geschützt werden, damit die Bevölkerung weiterhin mit gutem und sauberem Trinkwasser versorgt werden kann. Es gilt, den Trinkwasserversorgern die Bereitstellung eines einwandfreien Trinkwassers aus Quell- und Grundwasser ohne grosse Nachbehandlung zu ermöglichen. In der Wintersession behandelt der Nationalrat hierzu die Parlamentarischen Initiative «Das Risiko

beim Einsatz von Pestiziden reduzieren», welche einen vorausschauenden und restriktiven Einsatz von Pflanzenschutzmitteln (PSM) vorsieht. Unverständlicherweise verzichtet die aktuelle Vorlage aber auf Lenkungsabgaben und geht damit deutlich weniger weit als anstehende Volksinitiativen zu diesem Thema. In Ergänzung zur Reduktion des PSM-Eintrags in Böden und Gewässer verlangt der Schweizerische Städteverband eine verursacherorientierte Finanzierung der Investitionen in die Trinkwasseraufbereitung, welche durch die PSM-Belastungen jetzt und in Zukunft nötig sein werden. Die Vorlage muss deshalb entsprechend angepasst werden.

Stempelsteuer

Die Aufhebung der Stempelsteuer führt zu hohen Steuerausfällen. Zwar sind Kantone und Gemeinden nicht direkt betroffen, da der Kantonsanteil an Einnahmen der Stempelabgaben bereits 1986 aufgehoben wurde. Es ist aber angesichts der Mindereinnahmen des Bundes mit Leistungskürzungen und entsprechend mit Lastenverschiebungen zu rechnen, zumal die Vorlage keinerlei Kompensationsmassnahmen vorsieht. Angesichts der hohen Belastung des Bundeshaushaltes durch die Pandemie und deren wirtschaftlichen Folgen sieht der Schweizerische Städteverband keinen Spielraum für solche Steuerausfälle und lehnt die Vorlage deshalb entschieden ab.

Vernehmlassungen

Härtefallverordnung: Substantielle Erhöhung des Gesamtbetrags notwendig

Der Städteverband begrüsst es, dass sich der Bund finanziell an kantonalen Unterstützungsmassnahmen für Härtefälle beteiligen will. Den Betrag von 200 Millionen Franken erachten unsere Mitglieder aber als ganz klar zu gering. Es ist aufgrund der aktuellen Entwicklung der Covid-19-Epidemie eine deutlich stärkere Zunahme von Härtefällen zu erwarten. Eine substantielle Erhöhung des Betrages ist deshalb dringend notwendig. Aus Sicht des Städteverbandes sind zusätzliche Unterstützungsmassnahmen zu ergreifen. So ist zwingend das Instrument der Covid-

19-Kredite wieder einzusetzen, dass während der ersten Welle seine Wirksamkeit bewiesen hat, und Kurzarbeit muss bis Mitte des nächsten Jahres erleichtert beantragt werden können.

Kostendämpfung in der Krankenversicherung: Zweites Massnahmenpaket

Der Bundesrat legt ein zweites Massnahmenpaket zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung vor. Dazu will er unter anderem eine Zielvorgabe für die Kostenentwicklung sowie eine Erstberatungsstelle für Versicherte einführen. Die koordinierte Versorgung soll gestärkt werden und der Grundsatz einer möglichst kostengünstigen

Vergütung umgesetzt werden. Grundsätzlich begrüsst der Schweizerische Städteverband Massnahmen zur Kostendämpfung, da die steigenden Prämien das Haushaltbudget stark belasten. Allerdings müssen die Qualität der Leistungen sowie die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben. Der Städteverband ist deshalb der Ansicht, dass die Auswirkungen einzelner Massnahmen auf das Angebot und die Zugangsgerechtigkeit noch genauer geprüft werden sollten.

Weitere Vernehmlassungen unter www.staedteverband.ch

AKTUELL

Städteverband im Fokus

Herbstseminar Netzwerk Lebendige Quartiere



Das Herbstseminar des Netzwerks Lebendige Quartiere, das erstmals als Webinar stattfand, widmete sich dem Thema «Das richtige Mass für eine nachhaltige Entwicklung: Suffizienz im Quartier fördern». Ein suffizienter Lebensstil zeichnet sich durch einen Minderverbrauch von (natürlichen, insbesondere nichterneuerbaren) Ressourcen, sowie einer nicht primär an materiellem Wohlstand orientierten Auffassung von gutem Leben aus. Dies ist mit einem gesellschaftlichen Wandel verbunden. Beispiele dafür finden sich im Bereich der Raumnutzung (z.B. flächen- und energiesparendes Wohnen), der Ernährung (z.B. regionale Produkte und Saisonmärkte) oder der Mobilität (z.B. Car-Sharing, Nutzung des öffentlichen Verkehrs). Am Herbstseminar wurden mit dem Hunzikerareal in Zürich, der Umweltagenda und dem Pedibus Romandie drei Praxisbeispiele zur Förderung der Suffizienz vorgestellt. Die nächste Ausgabe des focus widmet sich dieser Thematik. Schon heute kann eine Synthese der Veranstaltung unter dem folgenden Link nachgelesen werden:

www.lebendige-quartiere.ch

Konkrete Stossrichtungen für eine klimafreundliche Mobilität



Eine Ende November erscheinende Studie der Städtekonzferenz Mobilität verschafft Politikerinnen und Stadtverwaltungen einen Überblick über «klimapolitische Handlungsfelder in der Mobilität». Ihre Autoren identifizieren elf Stossrichtungen zugunsten des Ziels einer klimaneutralen Mobilität bis 2050. Zudem bewerten sie 47 konkrete Handlungsfelder in Bezug auf ihre Wirkungen sowie auf Konflikte mit Zielen in anderen Politikfeldern. Sie machen deutlich, wo und wie Städte und Agglomerationen Massnahmen setzen oder initiieren können. Eine grundsätzliche Feststellung ist, dass es nicht mehr ausreicht, nur Massnahmen zu ergreifen, die einfach zu realisieren oder kostengünstig sind. Neu sind umfassende Massnahmenpakete gefragt, deren Wirksamkeit periodisch zu prüfen ist.

www.skm-cvm.ch

SVKI Innovationspreise 2020 – mit Innovationsgeist am Werk



Der Schweizerische Verband Kommunale Infrastruktur verleiht alle zwei Jahre einen Innovationspreis für Projekte aus Gemeinde, Städten und Zweckverbänden, die das Betreiben und das Benutzen der kommunalen Infrastruktur erleichtern, effizienter gestalten oder verbessern. Aus den elf eingegangenen Projekten hat die Jury sechs Projekte nominiert und jeweils mittels engen Entscheidungen drei Gewinner erkoren. In der Kategorie Kommunikation gewann der «Virtual Energy Hero» der Stadt Winterthur, die Stadt Bern überzeugte die Jury mit ihrem Farbsack-Abfall-Trennsystem in der Kategorie Management und in der Kategorie Technologie gewann die Schulhausheizung mit künstlicher Intelligenz der Stadt Adliswil. Mit dem Innovationspreis will die SVKI als Verband dazu beitragen, dass gute Lösungen unter den Gemeinden geteilt werden. Die Bewerbungen zeigen, dass in den Infrastrukturabteilungen der Gemeinden und Städte Personen mit Innovationsgeist am Werk sind.

www.kommunale-infrastruktur.ch

Umfrage zum Einsatz von Heizpilzen und alternativen Möglichkeiten



Diverse Städte und städtische Gemeinden haben den Wirten über den Sommer hinweg mehr Fläche unter freiem Himmel zur Verfügung gestellt, damit diese nach dem Lockdown wieder genügend Umsatz machen können. Mit dem bevorstehenden Winter stellte sich jedoch für viele Gastronomieunternehmen die Frage, wie sie in der aktuellen Lage und unter Einhaltung der geltenden Schutzmassnahmen weiterhin Gäste bewirten und genügend Umsatz generieren können. In diesem Zusammenhang wurde auch der Einsatz von Heizpilzen diskutiert. Der Schweizerische Städteverband hat daraufhin eine Umfrage unter seinen Mitgliedern lanciert, um den Erfahrungs- und Wissensaustausch zu diesem Thema zwischen den Städten zu ermöglichen und stellte ihnen anschliessend eine Antwortsynthese mit zahlreichen guten Beispielen zur Verfügung.

Kurzmeldungen

Manifest für freiwilliges Engagement

Das Manifest zur Förderung und Anerkennung von freiwilligem Engagement wurde am 17. November Nationalratspräsidentin Isabelle Moret übergeben. Der Städteverband hat das Manifest zusammen mit 27 anderen Organisationen unterzeichnet, weil Freiwilligenarbeit einen essentiellen Beitrag leistet, damit unsere Gesellschaft funktioniert.

www.staedteverband.ch

ISOS einfach erklärt

Das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) wird oft als kompliziert und die Mechanismen seiner Anwendung als schwer verständlich dargestellt. Dabei ist das ISOS einfach zu erklären: Seit Kurzem gibt es Videos, die zeigen, wie das Bundesinventar erstellt und angewendet wird.

www.bak.admin.ch/isos

hilf-jetzt.ch

hilf-jetzt.ch wurde während der ersten Corona-Welle im März als Plattform konzipiert in der Idee eines sozialen Netzwerks, das Personen während des Alltags im Ausnahmezustand unterstützen kann. Seit August wird die inzwischen etablierte Plattform vom Schweizerischen Roten Kreuz begleitet und ist auch in diesen Tagen eine wichtige Hilfestellung für die Vernetzung von Hilfesuchenden und Hilfeleistenden.

www.hilf-jetzt.ch

Programm «Betreuende Angehörige»

Das Förderprogramm «Entlastungsangebote für betreuende Angehörige 2017-2020» hat die Situation von betreuenden Angehörigen erforscht und Grundlagen geschaffen, damit die Angebote für betreuende Angehörige bedarfsgerecht weiterentwickelt werden können. Die Webseite des BAG dokumentiert Angebote, Projekte und Massnahmen zur Unterstützung betreuender Angehörigen mit Vorbildcharakter und weist eine Online-Datenbank wie auch Impulse für die Praxis auf.

www.bag.admin.ch

Agenda

Schweizerischer Städteverband SSV

- 8.-11. Juni 2021** **Suisse Public** in Bern
Information: www.suissepublic.ch
- 26./27. August 2021** **Städtetag 2021** in Thun
Information: Christina Grab, Telefon 031 356 32 32, info@staedteverband.ch

Sektionen und Arbeitsgruppen des Schweizerischen Städteverbandes

- 26. März 2021** **Städteinitiative Bildung - Jahreskonferenz «Vielfalt als Chance»** in Chur
Information: David Hauser, Telefon 052 267 55 18, info@staedteinitiative-bildung.ch
- 20. April 2021** **Frühlingsforum der Städtekonzferenz Mobilität**
Information: Paul Schneeberger, Telefon 031 356 32 32, info@skm-cvm.ch
- 11. Juni 2021** **Städteinitiative Sozialpolitik - Frühlingskonferenz**
Information: Katharina Rüegg, Telefon 052 267 59 57, info@staedteinitiative.ch

Weitere Organisationen

- 2. Dezember 2020** **digma-Tagung «Datenschutz in der täglichen Praxis von Städten und Gemeinden»** Online (Patronat: SSV)
Information: www.digma.ch
- 4. Dezember 2020** **PUSCH-Tagung «Elektromobilität in der Gemeinde fördern – mit System»** Online (Patronat: SSV)
Information: www.pusch.ch
- 20. Januar 2021** **Schulthess Forum Öffentliches Personalrecht** Online (Patronat: SSV)
Information: www.personalrechttagung.ch
- 21. Januar 2021** **4. Nationale Tagung Gesundheit & Armut** Online (Patronat: SSV)
Verzicht und Entbehrung: Wenn Armutsbetroffene Gesundheitsleistungen nicht in Anspruch nehmen
Information: www.bfh.ch
- 4. Februar 2021** **Tagung der Nationalen Plattform gegen Armut** in Bern (Patronat: SSV)
Beteiligung betroffener Personen in der Armutsprävention und -bekämpfung
Information: www.gegenarmut.ch
- 26. Mai 2021** **Schweizer Vorlesetag 2021**
Information: www.schweizervorlesetag.ch
- 27./28. Mai 2021** **Nationale Föderalismuskonferenzen** in Basel
Information: www.kdk.ch
- 11. Juni 2021** **8. Energiekongress «Auf direktem Weg zur Klimaneutralität – aber wie?»** in St.Gallen (Patronat: SSV)
Information: www.energiekongress.ch

Impressum

Herausgeber: Schweizerischer Städteverband SSV, Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Redaktion: Renate Amstutz, Dominic Blumenthal, Barbara Brechbühl, Franziska Ehrler, Michael Felber, Martin Flügel, Marlene Iseli, Olivier Keller, Maja Münstermann, Paul Schneeberger;
Übersetzungen: proverb; Bildnachweise: Foto Seite 1: Rolf Siegenthaler; Porträt Seite 1: zvg; Foto Seite 2: zvg; Foto Seite 3: zvg.
Telefon 031 356 32 32, www.staedteverband.ch
Newsletter abonnieren: info@staedteverband.ch